

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Karzai sichert Mulla Omar freies Geleit zu

Präsident Hamed Karzai hat Taliban-Chef Mulla Muhammad Omar freies Geleit zugesichert. Auf einer Pressekonferenz in Kabul am 15. November sagte er, Voraussetzung sei, dass dieser bereit sein müsse, „nach Afghanistan zu kommen und über Frieden und das Wohlergehen der Afghanen zu verhandeln und sicherzustellen, dass unsere Kinder nicht weiter getötet werden“. Er wiederholte aber auch indirekt die Vorbedingung, die Taliban müssten die derzeitige Verfassung anerkennen. Gleichzeitig verlangte Karzai in ungewohnt scharfen Worten, dass seine westlichen Verbündeten seine Initiative unterstützen oder ihn gleich „absetzen“ sollten. Nachdem die US-Regierung in den vergangenen Monaten wiederholt erklärt hatte, etwaige Gespräche seien „Prärogativ der afghanischen Regierung“, reagierte sie diesmal mit strikter Ablehnung. Ein Sprecher des *State Department* (Außenministeriums) erklärte: „Wir jagen die Taliban, und das schließt Mulla Omar ein.“ Für die Taliban lehnte ihr Stellvertreter Mulla Baradar das Angebot brüsk ab: „Wir sind sicher in Afghanistan und brauchen Hamed Karzais Angebot nicht.“ Zuvor hatte Ende September, am Ende des Fastenmonats Ramadan, das saudische Königshaus Abgesandte verschiedener afghanischer Gruppierungen zum Fastenbrechen eingeladen. Neben einer offiziellen Delegation aus Kabul, zu der Parlamentarier, der Vorsitzende des Rates der Geistlichkeit und frühere, inzwischen als „versöhnt“ geltende Taliban gehörten, nahmen auch Vertreter zweier aufständischer Gruppen daran teil. Man habe Ansichten über Lösungsmöglichkeiten für Afghanistan ausgetauscht. Was genau besprochen wurde, blieb unbekannt. Vereinbart wurde nach Angaben einiger Teilnehmer nur, die Kontakte fortzusetzen, ohne dass Modalitäten oder ein Termin genannt wurden. Mitte November übertrug Karzai dem im Vorjahr neu gegründeten *Independent Directorate for Local Governance*, das ihm direkt untersteht, auch die Kompetenzen für „nationale Versöhnung“, also Kontakte mit den bewaffneten Regierungsgegnern. Damit wurde das von Senatspräsident Prof. Sebghatullah Mujaddedi geleitete und von interner Korruption gelähmte „Programm zur Stärkung des Friedens“, die bisher dafür zuständig war, *de facto* entmacht.

Karzai schwächt Wunsch nach NATO-Zeitplan ab

Nur einen Tag, nachdem Präsident Karzai gegenüber einer Delegation der 15 Botschafter der UN-Sicherheitsratsmitglieder die Forderung nach einem Zeitplan für den

Kampf gegen die Taliban erhoben hatte, schwächte er diese Forderung in Anwesenheit des NATO-Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer wieder ab. Am 26.11. sagte er: „Ich habe sie nicht gebeten, einen Zeitpunkt für ihren Abzug zu setzen. Ich bat sie, eine Erfolgsfrist zu setzen.“ Scheffer erwiderte, die Truppen würden so lange bleiben „wie sie willkommen seien“. Außerdem hatte Karzai den Verdacht geäußert, die NATO-Truppen würden die Taliban nicht ausreichend bekämpfen und gesagt, er wünschte, er könne die Luftangriffe beenden, „die afghanische Dörfer bombardieren – aber das liegt nicht in meiner Hand“. Die afghanische Opposition verlangt seit Längerem eine Frist für den Abzug der ausländischen Truppen und den Abschluss eines so genannten *Status of Forces Agreement*, das diese festlegen würde. Bisher existiert nur eine bilaterale US-afghanische Erklärung, die den USA *de facto* freie Hand für den Truppeneinsatz lässt.

Mord- und Entführungsserie

Eine Reihe von Morden und Entführungen, deren Opfer sowohl Ausländer als auch Afghanen sind, verdeutlicht die prekäre Sicherheitslage und die ausufernde Kriminalität in Afghanistan. Allein in Kabul wurden Ende Oktober binnen sechs Tagen drei Ausländer erschossen, eine Mitarbeiterin der Hilfsorganisation *Serve Afghanistan* sowie die beiden Leiter des Kabuler DHL-Büros. Ebenfalls im Oktober und Anfang November wurden in Kabul und Umgebung sowie auf der Transitstrecke nach Pakistan drei ausländische Journalisten, ein Angehöriger der französischen NGO „Laizistische Hilfe“, der ehemalige Präsidentschaftskandidat (und Angehörige des früheren Königshauses) Humayun Shah Asefi, Angehörige hochrangiger Politiker sowie bekannter Geschäftsleute gekidnappt. Während eine kanadische und eine niederländische Journalistin in Kabul bzw. Sarobi freigelassen und Asefi sowie der Sohn des Chefs der grössten Privatbank des Landes befreit wurden, werden ein *New York Times*-Journalist, der Franzose, der designierte afghanische Botschafter in Pakistan Abdul Khaleq Farahi, ein Bruder des afghanischen Finanzministers sowie ein Berater des Ministeriums für Ländliche Entwicklung (beide in Pakistan) weiter festgehalten. Zwei Mitarbeiter einer NRO aus Bangladesh (BRAC) wurden in der Provinz Ghazni von ihren Entführern freigelassen. US-Spezialeinheiten befreiten Mitte Oktober in einer Kommandoaktion 40 km westlich von Kabul einen entführten amerikanischen Zivilisten, der für das Ingenieurkorps der *US Army* arbeitete. Proteste und Hungerstreiks örtlicher Notabeln sowie Parlaments-

abgeordneter nach einer monatelangen Entführungswelle in der westafghanischen Großstadt Herat haben unterdessen zur Ablösung der gesamten Polizeispitze der Provinz geführt. Kidnappings haben sich seit 2007 zu einer regelrechten „Industrie“ entwickelt. Die wichtigsten darin verwickelten Banden genießen politische Rückendeckung unter früheren Mudschaheddin im Parlament und den Sicherheitskräften. Andere arbeiten im Auftrag einzelner Taliban-Gruppen. Eine Taliban-Gesamtstrategie scheint sich dahinter nicht zu verbergen. Jedoch könnte der Mord an der *Serve*-Mitarbeiterin und die Entführung des französischen Helfers religiös motiviert sein. Hinter dem DHL-Mordfall scheint die Weigerung des Büros zu stehen, Drogen zu transportieren.

Gezielte Anschläge auf Frauen

Der Tod Malalai Kakars, einer der ranghöchsten Polizistinnen des Landes, am 29.9. in Kandahar geht auf das Konto der Taliban. Sie bekannten sich ausdrücklich zu dem Mord und nannten die Frau im Rang eines Oberstleutnants ein „legitimes Ziel“. Kakar hatte sich vor allem mit ihrem resoluten Vorgehen gegen häusliche Gewalt gegen Frauen einen Namen gemacht. Ihr Tod ordnet sich in eine Reihe von Morden an prominenten Frauen ein, die für die Regierung arbeiteten. Im September 2006 waren Safia Ahmad Jan, die Leiterin der Kandaharer Abteilung des Frauenministeriums und im Juni 2008 die Herater Polizistin Bibi Hurr Anschlägen zum Opfer gefallen.

Vier Hinrichtungen in Kabul

Anfang November wurden in Kabul sowie im nordafghanischen Shebarghan neun Todesurteile gegen Männer ausgeführt, denen unter anderem Morde, Entführungen und Vergewaltigungen zur Last gelegt wurden. Präsident Karzai hatte die Verdikte bestätigt. Das Karzai unterstehende Büro für Administrative Angelegenheiten begründete die Hinrichtungen mit der „unheiligen Allianz aus terroristischen Aktivitäten und organisiertem Verbrechen“ sowie „Forderungen der Bevölkerung“. Die UN-Hochkommissarin für die Menschenrechte forderte die afghanische Regierung auf, die Hinrichtungen einzustellen. Polizei und Rechtsinstitutionen genügten nicht internationalen Ansprüchen, so dass Gefahr bestehe, dass Unschuldige hingerichtet worden sein könnten. Ein Sprecher der Kabuler Regierung sagte, diese Proteste hätten keine Auswirkungen auf ihre Politik. Im Gegensatz zur UN erklärte die Unabhängige Menschenrechtskommission in Afghanistan, sie lehne Todesurteile nicht grundsätzlich ab, so lange sie die Kriminalität im Lande senkten und die Verfahren transparent abliefen. Ähnlich äußerten sich Parlamentsabgeordnete und die Mehrheit

der Medien des Landes. Die Taliban hingegen riefen die UN, EU und andere internationale Organisationen auf, weitere Exekutionen zu verhindern. Drei der Hingerichteten seien „Mudschahedin“ und „Freiheitskämpfer“ gewesen. Nach Angaben eines Mitglieds des Obersten Gerichts des Landes erwarten etwa 130 weitere Personen die Ausführung der gegen sie verhängten Todesstrafe. Die Hinrichtungen waren die ersten in Afghanistan seit Oktober 2007. Damals war es zu einer Meuterei im größten Kabuler Gefängnis gekommen.

USA wollen Milizen wiederbeleben

Im Rahmen des für 2009 vorgesehenen Mini-„Surges“ nach irakischem Vorbild wollen hohe US-Militärs auch „Stammesmilizen“ einsetzen. Dies ist das Ergebnis von Empfehlungen im Zuge mehrerer Überprüfungen der US-Politik in Afghanistan durch das Weiße Haus, das Pentagon und des für Afghanistan zuständigen *U.S. Central Command* unter seinem neuen Leiter Gen. David H. Petraeus. Angekündigt worden war bereits eine Truppenerhöhung um weitere 15 000 bis 20 000 US-Soldaten. Zudem sollen weitere Ausbilder für die Afghanische Nationalarmee mobilisiert werden. Afghanische Milizen, die gemeinsam mit Special Forces operieren, werden seit Jahren für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht. De facto aber operieren sie in einem rechtsfreien Raum und können nicht belangt werden. Kritisiert wird auch, dass die Bezeichnung „Stammesmilizen“ ein Euphemismus ist. In weiten Teilen Afghanistans sind die traditionellen Stammesstrukturen zusammengebrochen und bereits seit langem durch neue Milizen ersetzt worden. Diese sollten laut Bonner Afghanistan-Abkommen von 2001 eigentlich entwapfnet werden. Nun bestehe die Gefahr ihrer Rehabilitierung.

20 Jahre Haft für Downloads

Der 23-jährige Journalistik Student Parvez Kambakhsh aus dem nordafghanischen Mazar-e Scharif ist Ende Oktober zu 20 Jahren Haft verurteilt worden. Ein Berufungsgericht in Kabul hob damit die Todesstrafe einer niedrigeren Instanz auf, die ihm wegen Blasphemie zum Tode verurteilt hatte. Kambakhsh war schuldig befunden worden, Artikel iranischer Webseiten heruntergeladen, ausgedruckt und an seiner Universität verteilt zu haben, die eine kritische Sicht auf die derzeitige Auslegung von Frauenrechten im Islam wiedergaben. Kambakhsh und sein Verteidiger kündigten an, Revision gegen das „politisch motivierte“ Urteil einzulegen. Das Verfahren ist Ausdruck des wachsenden Einflusses konservativer Kräfte auch innerhalb der Regierung, die keine Diskussion religiöser Themen zulassen wollen.